

Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen

- eine deutsche Bewertung

**„Deutsch-Österreichischer Rechts- und Praxisvergleich im
Insolvenzrecht“**

Salzburg, 18.01.2019



RA Mathias Schallnus

Büro Prof. Dr. Heribert Hirte MdB





Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen - eine deutsche Bewertung

- Zielsetzung der Richtlinie und Ausgangslage in Deutschland
- Möglichkeiten der Einflussnahme durch den Deutschen Bundestag
- Vorstellungen der CDU/CSU-Fraktion
- Erste Bewertung des Richtlinienentwurfs



Präventive Restrukturierungsrahmen reduzieren NPLs

- Aktionsplan Kapitalmarktunion vom 30.9.2015, COM(2015) 468 final
- Unterschiedliche Qualität der einzelnen mitgliedstaatlichen Insolvenzregime
- Schaffung von Alternativen zum englischen *Scheme of Arrangement*



Deutsche Ausgangslage



- Platz 3 des Doing-Business-Reports der Weltbank
- Einführung eines vor-insolvenzlichen Verfahrens (sog. Schutzschirmverfahren) mit dem ESUG (Gesetz zur Erleichterung von Unternehmensinsolvenzen) im Jahre 2011
- Grundsätzlich Gläubiger-freundliche Ausrichtung des Insolvenzregimes
- (Verhältnismäßig) stabiles Bankensystem mit einer geringen NPL-Quote

🏠 Monatsbericht des BMF

2. Zwar ist in einem Großteil der europäischen Staaten ein rückläufiger Trend erkennbar, im historischen Vergleich sind die Volumina allerdings immer noch deutlich zu hoch. Die Quoten variieren erheblich zwischen den europäischen Mitgliedstaaten. Einige Bankensektoren weisen beispielsweise NPL-Quoten von annähernd 50 % auf, während andere Mitgliedstaaten scheinbar überhaupt nicht betroffen sind. **Deutschland liegt mit einer NPL-Quote von aktuell 2,2 % deutlich unter dem europäischen Durchschnitt.**



Unterschiedliche Interessen lenken den Verhandlungsprozess

- Insolvenzverwalter unterschiedlicher Größe
- Sanierungs-/Unternehmensberater
- International beratende Anwaltskanzleien
- Arbeitnehmervertreter
- Banken
- Real-Gläubiger unterschiedlicher Größe
- Mitgliedstaaten (Standortfaktor / Finanzmarktstabilität)



Möglichkeiten der Einflussnahme in Brüssel

- Über die Bundesregierung
 - Stellungnahme nach Art. 23 Abs. 3 GG i.V.m. § 8 EuZBBG
 - Unterausschuss Europarecht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz
- Sonstige Kommunikationswege
 - Subsidiaritätsrüge durch den Deutschen Bundestag
 - Sonstige Stellungnahme des Deutschen Bundestag ggü. der Europäischen Kommission
 - Kontakt mit dem Europäischen Parlament (insb. Niebler MdEP)
 - Teilnahme an Konferenzen und Austausch mit Verbänden





Ziele der CDU/CSU-Fraktion

- Kostengünstiges Sanierungsverfahren
- Gläubigerschutz
- Vermeidung von Forum-Shopping

Positionspapier der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag




Beschluss vom 13. Juli 2018

zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie 2012/30/EU (COM (2016) 723 final)

1. Das avisierte vorinsolvenzliche Verfahren sollte vor allem das Ziel verfolgen, Unternehmen auf deren Initiative hin effizient von finanziellen Schwierigkeiten zu befreien, bei denen eine überwiegende Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Sanierung („viability“) besteht und noch kein Insolvenzgrund vorliegt.
2. Dabei ist in jedem Falle sicherzustellen, dass im Falle einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung der Verfahrensvoraussetzungen die notwendigen Bewertungen in ganz Europa nach einheitlichen Regeln und Bewertungsmaßstäben vorgenommen werden.
3. Bezüglich eines Frühwarnsystems treffen etwaige Berater des Schuldners nur Pflichten gegenüber dem Schuldner, nicht aber gegenüber Dritten.
4. Ein vorinsolvenzliches Verfahren sollte zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, da die Herstellung von Öffentlichkeit die unternehmerischen Werte zerstört, die es zu erhalten gilt. Dieses Verfahren sollte in einem festgelegten, jedoch flexiblen Rahmen durchgeführt werden, welcher sich an dem in Deutschland bewährten Insolvenzplanverfahren (§§ 217 ff. InsO) orientiert.
5. Auf Antrag sollte es zudem dem Gericht möglich sein, im Falle von und zum Schutze vor Akkordstörern auch ein auf wenige Monate befristetes Moratorium zu verhängen, welches jedoch lediglich einzelne Verfahrensbeteiligte treffen darf. Insbesondere sollte dabei berücksichtigt werden, dass in der Regel eine Zahlungseinstellung von mehr als drei Monaten zu einer Fälligkeitstellung von Verbindlichkeiten führen kann.
6. Eine Beschränkung des vorinsolvenzlichen Restrukturierungsverfahrens auf Finanzgläubiger ist nicht angezeigt. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass eine Erstreckung auf andere Gläubiger bei einem zugleich für dieses geltende Moratorium den Erfolg der Sanierung wegen des Bekanntwerdens der Restrukturierungsbemühungen gefährden kann.



Ziele der CDU/CSU-Fraktion – en detail I

Forderung	RL-E	RL-Text	
1. Sanierung von ausschließlich lebensfähigen Unternehmen („viability“)	./.	Art. 4 Abs. 1b) als MS-Wahlrecht	
2. EU-einheitliche Maßstäbe bei der Unternehmensbewertung	./.	./.	
3. Pflichten aus einem Frühwarnsystem dürfen Berater nicht zur Information Dritter gezwungen werden	Art. 3 Abs. 1. Member States shall ensure that <u>debtors and entrepreneurs</u>	Art. 3. 1. Member States shall ensure that <u>debtors</u> [...]	





Ziele der CDU/CSU-Fraktion – en detail II

Forderung	RL-E	RL-Text	
4. Weitgehender Ausschluss der Öffentlichkeit	Art. 4 Abs. 3 <i>shall</i> reduce involvement of authority	Art. 4 Abs. 3 <i>may</i> reduce involvement of authority	☹️
5. Beschränkung eines individuellen Moratoriums auf wenige Monate	Art. 6 Abs. 1 <u>and to the extent</u> such a stay is <u>necessary</u>	Art. 6 Abs.1 MS <i>may provide</i> that [...] authorities <u>can refuse to grant a stay</u> MS <i>may provide</i> that the stay can be general, covering all creditors, or can be limited	☹️





Ziele der CDU/CSU-Fraktion – en detail III

Forderung	RL-E	RL-Text	
6. Keine Beschränkung auf Finanzgläubiger	Art. 2 1. (2)	Art. 2 1. (2)	
7. Beteiligung eines Restrukturierungsverwalters nur in bestimmten Fällen – einschl. verbindlichem Mitspracherecht der Gläubiger	Art. 5 Abs. 3 MS <i>may</i> require the appointment of a practitioner in the field of restructuring in the following cases: [...] Art. 26 Abs. 3. Where appropriate, the debtors and creditors shall be consulted in the selection of the practitioner.	Art. 5. Abs. 3 Member States <i>shall</i> require the appointment of a practitioner [...] at least in the following cases: [...] Art. 26 Abs. 1. (d) in order to avoid any conflict of interest, debtors and creditors have the possibility to either object to the selection or appointment or request the replacement of the practitioner.	







Ziele der CDU/CSU-Fraktion – en detail IV

Forderung	RL-E	RL-Text	
8. Keine vollständige Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	Art. 7 Abs. 3	Art. 7 Abs. 3	
9. Konditionierte Planbestätigung durch ein Gericht -Feststellung eines krisenindizierenden Zustands -Zustimmung von 90 % der Gläubiger -Keine Schlechterstellung einzelner Gläubiger	Art. 9 Abs. 4 Art. 10 Abs. 2	Art. 9 Abs. 4 Those majorities shall not be higher than 75% [...] Art. 10 Abs. 2 [...]conditions under which a restructuring plan can be confirmed [...]include <u>at least the following</u> : (b) where there are dissenting creditors, the restructuring plan complies with the best-interest-of-creditors test;	



Ziele der CDU/CSU-Fraktion – en detail V

Forderung	RL-E	RL-Text	
10. Anfechtungsschutz für Neu-Gläubiger; keine Bevorzugung von Beratungshonoraren	Art. 7 Abs. 3	Art. 7 Abs. 3	
11. Ausschluss staatl. Vorrechte	-	-	
12. Restschuldbefreiung		Artt. 19 ff. Drei Jahre mit erheblichen Ausnahmen	
13. Mindestanforderungen an Justizpersonal sowie Zentralisierung der Gerichte		EG 39 For example, the creation of specialised courts or chambers, [...] as well as concentrating jurisdiction [...].	



Zusammenfassung

- **Unter Berücksichtigung der Mitgliedstaatenwahlrecht positiv**
- **Ziel der Vereinheitlichung / Vermeidung von Forum-Shopping wird nicht erreicht**
- Möglichkeit der Beschränkung auf überlebensfähige Unternehmen
- Einbindung von Gerichten und Insolvenzverwaltern ist nur in bestimmten Fällen
- Beschränkung des Moratoriums sowohl allgemein als auch auf einzelne Gläubiger; zudem Möglichkeit der Überprüfung und Aufhebung in Fällen, in denen einzelne Gläubiger insolvenzgefährdet sind
- Bestätigung des Restrukturierungsplanes nur in den Fällen, in denen gegen den Willen in Gläubigerrechte eingegriffen wird, eine neue Finanzierung vorgesehen wird oder mehr als 25 % der Arbeitsplätze betroffen sind



RA Mathias Schallnus

Büro Prof. Dr. Heribert Hirte MdB

Herzlichen Dank!

Rechtsanwalt
Mathias Schallnus
Büro Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-77831
Fax: 030/227-76830
heribert.hirte.ma01@bundestag.de